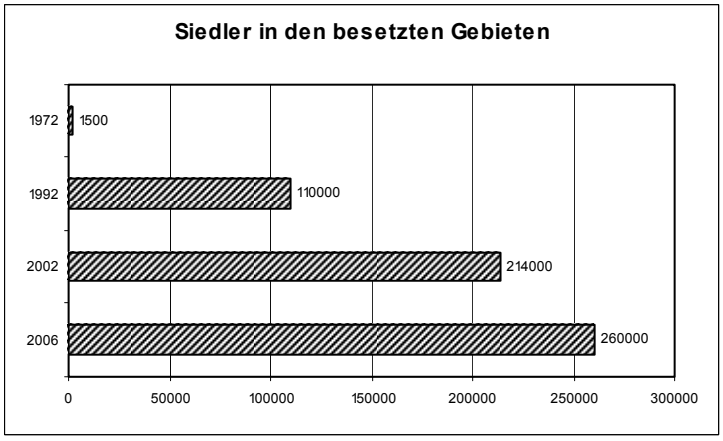
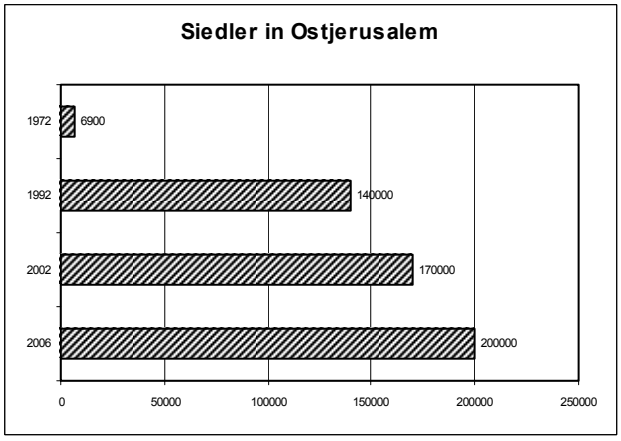
„<u>**Die UN-Generalversammlung erklärt,**</u>
dass **die israelischen Siedlungen**
in allen seit 1967 von Israel besetzten Gebieten **illegal** sind
und ein Hindernis für den Frieden darstellen.“

*Beschlüsse vom 5.5.1997, 20.10.2000, 10.12.2001, 20.12.2001, 7.5.2002***, …**

<u>Steigende Zahl der israelischen Siedler</u>





Der Schriftsteller David Grossman, und mit ihm die Bewegung "Frieden jetzt",
***fordert die Auflösung der Siedlungen**.*
Ähnlich sieht es Jossi Sarid, Abgeordneter der linken Merets-Partei in der Knesset:
"Dass die Siedlungen derzeit im Zentrum des Konflikts stehen, bedeutet vor allem eine Gefährdung ihrer Bewohner, aber auch der Soldaten. Diese Kolonien müssten sofort aufgelöst werden."
(Alain Gresh, Le Monde Diplomatique, Dezember 2001)

Resolutionen der UN-Generalversammlung

5.Mai 1997

A/RES/ES-10/2. Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

„*Die Generalversammlung*(…) 3. *erklärt (..)*, dass die israelischen Siedlungen in allen seit 1967 von Israel besetzten Gebieten illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen; (…)“

20. Oktober 2000

ES-10/7. Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

„*Die Generalversammlung*(…) 5. *erklärt erneut*(..), dass die israelischen Siedlungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen, und fordert die Verhütung illegaler Gewalthandlungen seitens der israelischen Siedler;(…)“

20. Dezember 2001

ES-10/8 Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

„Die Generalversammlung(…) *erneut darauf hinweisend,* dass die Besatzungsmacht Israel sich strickt an ihre rechtlichen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten aus dem Vierten Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten halten muss,
(..) 2. verurteilt alle Akte des Terrors, insbesondere diejenigen, die gegen Zivilpersonen gerichtet sind;(…)“

20. Dezember 2001

ES-10/9 Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

Die Generalversammlung(...) unter Hinweis auf die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats, namentlich die Resolutionen 237, 242, 271, 338, 446, 452, 465, 468, 469, 471, 476, 478, 484, 592, 605, 607, 608, 636, 641, 672, 673, 681, 694, 726, 799, 904 und 1322,
(…) *die Position der internationalen Gemeinschaft bekräftigend*, dass die israelischen Siedlungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Ost-Jerusalems illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen, (…)“

10.Dezember 2001

56/61 Israelische Siedlungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems und im besetzten syrischen Golan

Die Generalversammlung (...) mit dem Ausdruck ihrer ernsten Besorgnis über die Fortsetzung der Siedlungstätigkeit durch Israel (…)
1. erklärt erneut, dass die israelischen Siedlungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems und in dem besetzten syrischen Golan unrechtmäßig sind und ein Hindernis für den Frieden und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung darstellen; (…)“

10. Dezember 2001

56/62 Israelische Praktiken, die die Menschenrechte des palästinensischen Volkes in dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems beeinträchtigen

Die Generalversammlung (..) besorgt über die anhaltende Verletzung der Menschenrechte des palästinensischen Volkes durch die Besatzungsmacht Israel, insbesondere über die Anwendung der kollektiven Bestrafung, der Abriegelung von Gebieten, die Annexion von Land und die Errichtung von Siedlungen (…)
2. verlangt, dass die unter Verletzung des Vierten Genfer Abkommens von 1949 ergriffenen Maßnahmen, einschließlich der Praxis außergerichtlichen Tötungen, unverzüglich eingestellt werden;
6. fordert die Besatzungsmacht *außerdem auf*, alle Grundfreiheiten des palästinensischen Volkes uneingeschränkt zu achten;(…)

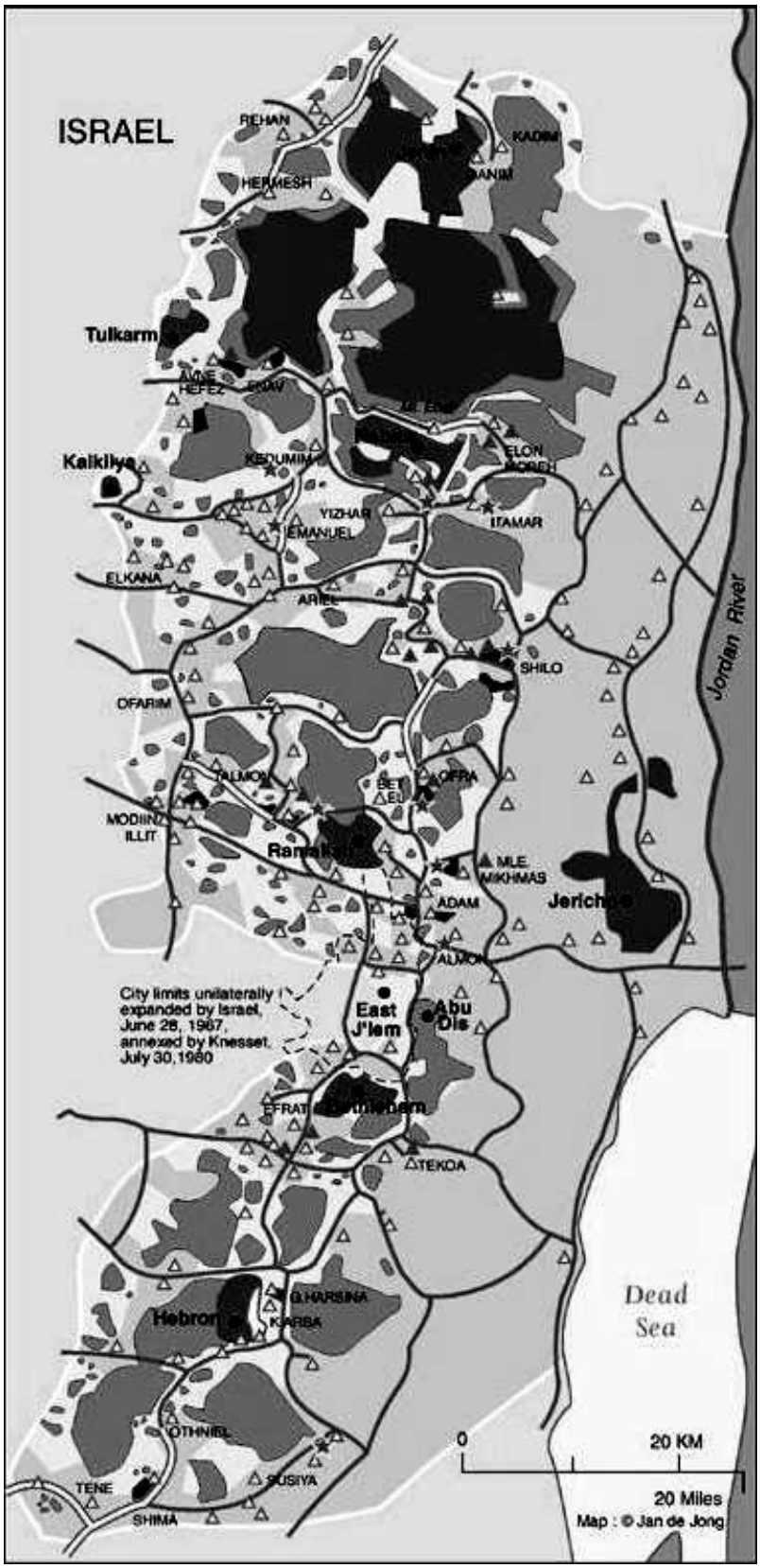
7. Mai 2002

ES-10/10. Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

Die Generalversammlung(...)ernsthaft besorgt über die zahlreichen Todesopfer und Verletzten unter den palästinensischen Bevölkerung sowie über die Zerstörung öffentlichen und privaten Eigentums, einschließlich Wohnhäusern und Einrichtungen der Palästinensischen Behörde,
(…) *beklagend*, dass Israel die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats missachtet und betonend, dass es diesbezüglich volle Rechenschaft abzulegen hat, (…)
1. *verurteilt* die Angriffe, die die israelischen Besatzungstruppen in mehreren palästinensischen Städten, insbesondere im Flüchtlingslager Dschenin, auf die palästinensische Bevölkerung verübt haben; (…)

„Teile und herrsche“ - Israelische Straßen zerstückeln die palästinensischen Gebiete

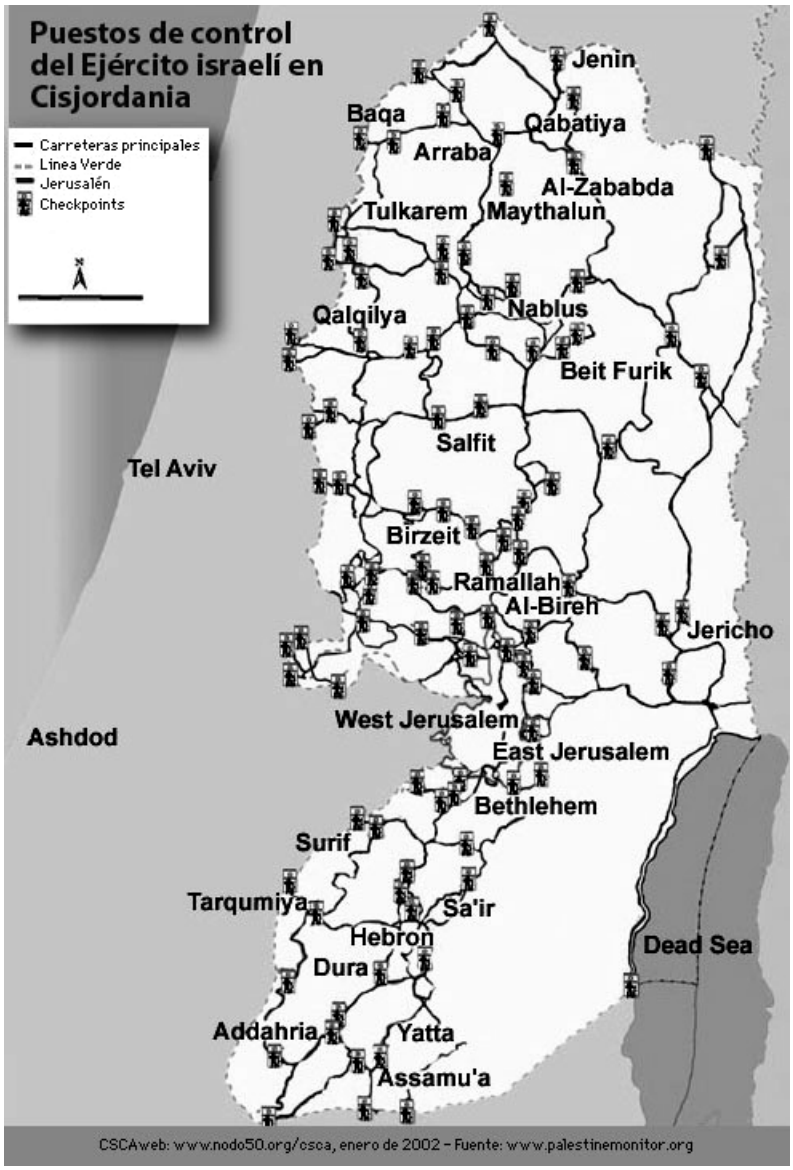
„Zerteilt in 63 nicht zusammenhängende Kantone, völlig eingekesselt und belagert von israelischen Truppen, durchsetzt mit 140 Siedlungen mit ihrem eigenen Straßennetz, verboten für „Nichtjuden“, sind die Palästinenser inzwischen unter der Besatzung auf 60% Arbeitslosigkeit und einer Armutsrate von 50% reduziert worden (die Hälfte der Bevölkerung von Gaza und der Westbank lebt von weniger als 2 Dollar pro Tag).“ (E.Said)



———	**Straßen**
■	**Zone A**
■	**Zone B**
■	**Zone C**
□	**israelische Siedlungen**
A	

Checkpoints der israelischen Armee in den besetzten palästinensischen Gebieten

Die Palästinenser müssen lange Warteschlangen an den israelischen Checkpoints auf sich nehmen und werden öfters von israelischen Soldaten schikaniert und gedemütigt.



Die Folgen:

Gesundheits-Versorgung:
-Kranke (z.B. Dialyse-Patienten) können nicht rechtzeitig die Klinik erreichen und sterben deshalb.
- Babys werden am Straßenrand geboren. Sie oder die Mütter sterben, wenn sie trotz gesundheitlicher Gefahren nicht ins Krankenhaus transportiert werden.

Bildung: Der Unterricht an Schulen und Universitäten ist extrem behindert, da Schüler und Lehrer gar nicht oder nur mit Verzögerung durch die Checkpoints gelassen werden.

Wirtschaft: Weder Tiere noch Futtermittel können planmäßig die Sperren passieren. Viele Tiere sterben elendig.
- Lebensmittel und Blumen verkommen bei der Hitze.
- Die Menschen können oft nicht zum Arbeitsplatz.

Würde, Kultur, Soziales:
- Verwandte und Freunde können sich entweder gar nicht oder nicht wirklich entspannt treffen.
- Spontaneität, die Voraussetzung für Kultur, unbekümmerte Kontakte und Lebensfreude, wird im Keim erstickt.

Wahlen: Wie sollen Wahlen durchgeführt werden, wenn sich die Menschen nicht frei bewegen dürfen?

UNO-SonderberichterstatterJohn Dugard über die Menschenrechtssituation in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, 21.1.2008 ***(A/HRC/7/17)***:
„Die Menschenrechtssituation im Westjordanland hat sich verschlechtert: Siedlungen breiten sich aus, der Bau der Mauer geht weiter, die Zahl der Kontrollpunkte hat sich erhöht. Militärische Einfälle und Verhaftungen sind mehr geworden. 779 palästinensische Häftlinge sind frei gelassen worden, aber 11.000 verbleiben in israelischen Gefängnissen.“

http://www.machsomwatch.org/eng/picturesNablus.asp?link=pix?lang=eng

Häuserzerstörungen

„Die Zerstörung palästinensischer Häuser durch den israelischen Staat und das Militär nahm seinen Anfang bereits während des ersten arabisch-israelischen Krieges 1948/49 mit der Zerstörung von 418 palästinensischen Dörfern.
Von 1949 bis 1958 zementierte der israelische Staat in der Gesetzgebung des Landes sein Recht, sogenannte "illegale" palästinensische Häuser innerhalb Israels zu zerstören. Mit der Verweigerung von Bebauungsplänen konnten Häuser für illegal erklärt und damit zur Zerstörung freigegeben werden. Offizielle Begründungen für diese Zerstörungen waren jedoch nicht nur administrativer Natur, wie zum Beispiel der Vorwurf des Verstoßes gegen Bebauungspläne oder des Fehlens einer Baugenehmigung, sondern oft wurden vom israelischen Militär auch Sicherheitsbedenken und mögliche Bedrohungen angeführt.

Die Zerstörungen von Häusern an den Rändern palästinensischer Dörfer und Städte zielen offensichtlich auf den Stopp der Erweiterungen dieser Orte, die mit dem natürlichen Wachstum der Gemeinden notwendig werden. Gleichzeitig wird mit der Zerstörung palästinensischer Häuser und der Beschlagnahmung von Agrarflächen auf eine Erweiterung der israelischen Siedlungen hingearbeitet.

In engem Zusammenhang mit diesen Siedlungserweiterungen und der allgemeinen Siedlungspolitik steht auch der Bau von Umgehungsstraßen, die die verschiedenen israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten direkt miteinander verbinden und gleichzeitig das von Palästinensern bewohnte Gebiet zerstückeln. Auf dem durch Zerstörung und Beschlagnahmung gewonnen Land entstehen nicht nur Umgehungsstraßen, Industriegelände und Freizeitanlagen, sondern es werden auch nationale Autobahnen und Landstraßen gebaut, die Israel und Jordanien direkt miteinander verbinden und den Transit unter Umgehung palästinensischer Kontrollposten ermöglichen. Alle diese Straßen ermöglichen den Israelis den Verkehr unter Umgehung der Zonen A und B sowie palästinensischer Städte und Dörfer.

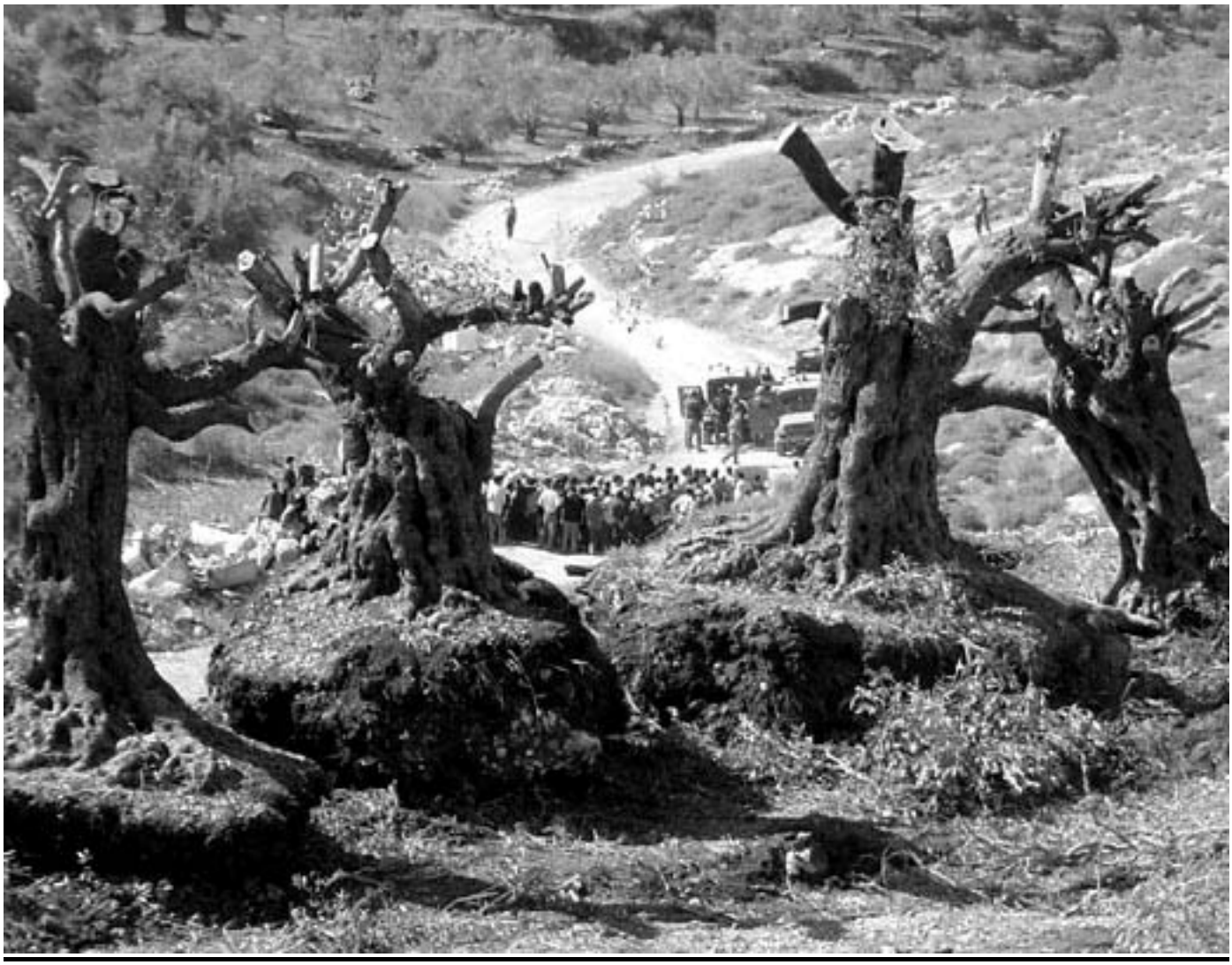
Ein weiterer Trend scheint auf die Verschiebung der Grünen Grenze auf besetztes palästinensisches Gebiet zu sein. Bereits in den letzten zehn Jahren wurde jegliche Bautätigkeit in den grenznahen Gebieten eingefroren und, wie bereits zuvor erwähnt, finden Zerstörungen in der Zone C der West Bank vermehrt in den Gebieten nahe der Grünen Grenze statt. „

(Palästinensische Generaldelegation,
http://www.palaestina.org/politik/israelische_politik/haeuserzerstoerung.php)

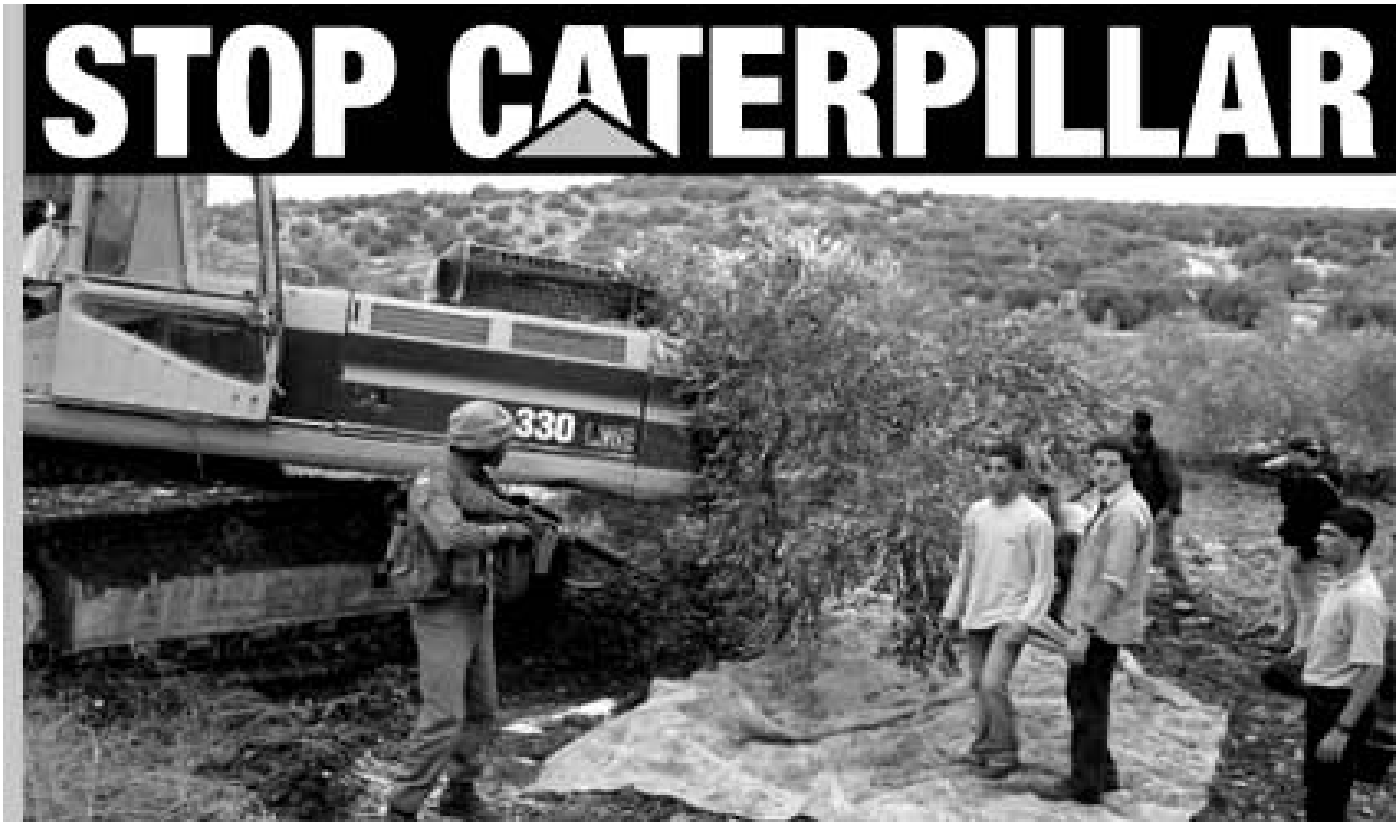
Ellen Rohlfs
„Höre Israel!“ – Höre Europa!

Ein palästinensisches Dorf wurde zerstört - nicht 1948 – nicht 1967 Nicht im Laufe kriegerischer Auseinandersetzungen.
Kein Rachefeldzug – keine Vergeltung
Es war am 5. Juli 2005 – es herrschte Waffenstillstand. Alle Welt lauscht den unüberhörbaren Vorbereitungen des Rückzugs im Gazastreifen – Keiner schaut ins ferne, stille und heiße Jordantal . Und nur ein Fetzen Papier mit einer Notiz des Militärs, an eine Hauswand gepinnt, kündigte an: „Die Häuser von Tana werden demoliert“– sie seien ohne israelische Genehmigung gebaut. Die Bewohner, Bauern und Hirten, kannten niemand, den sie um Rat und Hilfe bitten konnten. So geschah das Verbrechen ohne Zeugen; (…)
Israelisches Militär demolierte die Wohnstätten von etwa hundert Familien, die seit Jahrhunderten hier am Rande des Jordangrabens, vor allem in Höhlen leben, in einer Gegend die in heiligen Büchern schon vor 3500 Jahren genannt wurde. Die Schule, vor 6 Jahren gebaut, wurde auch zerstört. Haben Kinder der „einzigen Demokratie in Nahost“ nicht ein Recht auf Bildung?
Nur die Moschee – Jahrhunderte alt – blieb stehen. Welch Pietät! ? Auch die Autos wurden zerstört – warum wohl? Waren auch sie ohne Genehmigung gebaut?
Keiner hört die entsetzten Schreie der Mütter, das Weinen der Kinder, keiner sieht die vor Schreck erstarrten Blicke der hilflosen Männer – bis jetzt war keiner „Terrorist“.
Wurde jetzt nicht unendlicher Hass, Wut und Zorn gesät?
Vielleicht wundern sich Europäer in 10 oder 20 Jahren, und fragen warum und wieso sich ein Araber in der U-Bahn in die Luft sprengt und Unschuldige mit in den Tod reißt.
In Tana wurde 100 unschuldigen, armen Familien die Lebensgrundlage genommen. Und in Ost-Jerusalem stehen heute 88 und 12 weitere Häuser neu auf der Abrissliste.
Und keiner fragt hier, warum? Höre, Europa, höre doch!

http://erhard-arendt.de/deutsch/palestina/Stimmen_deutsch



500 Jahre alte Olivenbäume werden herausgerissen und nach Israel abtransportiert.
In Hintergrund: Demonstration gegen diese Zerstörungen
http://stopthewall.org/photos/134.shtml



Caterpillar ist international der grösste Hersteller von Baumaschinen sowie Diesel- und Gasmotoren. Die von Caterpillar angefertigten Bulldozer wurden von Israel in den seit 1967 besetzten Gebieten von Anfang an eingesetzt. Sie spielen in der israelischen Besatzungspolitik eine zentrale Rolle und werden insbesondere bei der Zerstörung von palästinensischem Wohnraum und dem Bau der illegalen Trennmauer verwendet. Innerhalb der letzten sechs Jahre wurden in den besetzten Gebieten mit Hilfe von Caterpillar mindestens 4270 Häuser - vor allem entlang der Trennmauer - dem Erdboden gleichgemacht. Die Zahl der seit Beginn der Besatzung zerstörten Häuser wird auf über 12000 geschätzt. Neben Wohnhäusern werden durch die Bulldozer auch grosse Teile der Infrastruktur, Ackerland, Einrichtungen zur Wasserversorgung, Schulen und Spitäler zerstört. Diese mithilfe von Caterpillar durchgeführten Aktionen dienen der systematischen Zerstörung der Lebensgrundlage der PalästinenserInnen, mit dem Ziel, sie zu verdrängen und ihr Land zu annektieren.

International anerkannte Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch sowie NGOs aus verschiedenen Ländern fordern Caterpillar schon seit Jahren auf, die Zusammenarbeit mit Israel zu beenden. Sie machen die Firma für Menschenrechtsverletzungen und Verstösse gegen diverse Resolutionen und internationale Abkommen mitverantwortlich.

Als Besazungsmacht hat Israel gemäss der Vierten Genfer Konvetion die Pflicht, den Lebensstandard der Bevölkerung in den besetzten Gebieten aufrecht zu erhalten, und darf die demographischen Verhältnisse im Land nicht verändern. Häuserzerstörungen wären nur im Fall militärischer Notwendigkeit zulässig, und auch nur, wenn die ansässige Bevölkerung frühzeitig gewarnt, evakuiert und für den Verlust entschädigt würde. Israel hält sich an keine dieser Vorschriften. Caterpillar ist sich der fragwürdigen Verwendung seiner Maschinen durch Israel bewusst. Vor allem mit der Zerstörung des Flüchtlingslager Jenin 2002, dem Tod der Friedensaktivistin Rachel Cottie 2003 und den Häuserzerstörungen in der Stadt Rafah 2004 kam der Konzern international in die Schlagzeilen und geriet in Kritik.

Neben dem lukrativen Geschäft mit Baumaschinen hat sich Caterpillar mit dem Vertrieb von Schuhen und Mützen ein nicht minder ertragreiches zweites Standbein geschaffen und geht regelmässig mit neuen Schukollektionen an die Öffentlichkeit. Vor allem in diesem Bereich kann man den wirschaftlichen Druck auf Caterpillar durch aktiven Boykott erhöhen und die Firma zur Beendigung der Zusammenarbeit mit Israel auffordern.

Zerstörung des Einkaufzentrums in Nazlat 'Isa, nördlich von Tulkarem (2003)
http://stopthewall.org/photos/30.shtml

Vandana Shiva

Kriege um Wasser: Israel und die Westbank

Aus: Der Kampf um das blaue Gold, S. 114 bis 116 (Rotpunktverlag 2003)

Der Krieg zwischen Israelis und Palästinensern ist bis zu einem bestimmten Grad ein Krieg um Wasser. Der umstrittene Fluss heißt Jordan, und er wird von Israel, Jordanien, Syrien, dem Libanon und der Westbank genutzt. Israels industrielle Landwirtschaft ist auf das Jordanwasser ebenso angewiesen wie auf das Grundwasser der Westbank. Obwohl nur 3 Prozent des Jordanbeckens in Israel liegen, sichert der Fluss 60 Prozent des israelischen Wasserbedarfs.

Zugang zu Wasser war eine der Voraussetzungen für die Gründung des Staates Israel. „Es ist unerlässlich, dass die Wasserressourcen, von denen die Zukunft des Landes abhängt, nicht außerhalb der Grenzen der künftigen jüdischen Heimstätte liegen“, schrieb 1973 Israels früherer Ministerpräsident David Ben Gurion. Und weiter: Aus diesem Grund haben wir stets verlangt, dass das Land Israel das Südufer des Litani-Flusses, den Oberlauf des Jordan und die Hauran-Region ab der El-Aura-Quelle südlich von Damaskus umfasst.

Der Konflikt um Wasser begann 1948, als Israel im Rahmen des National Water Carrier Project eine gigantische Wasserleitung vom Jordan in die Negev-Wüste baute, um die dortigen Felder zu bewässern. Das Projekt führte zu Spannungen mit Syrien. Zur Lösung der Wasserkonflikte zwischen Israel, Syrien und Jordanien schlug der US-Sonderbeauftragte Eric Johnston 1953 den „Unified Development of Water Ressources“-Plan vor. Doch Syrien lehnte den Plan ab. Seither ist der israelisch-syrische Grenzkonflikt untrennbar mit der Wasserfrage verwoben. Der frühere israelische Ministerpräsident Levy Eshkol erklärte 1962, „Wasser ist das Blut in unseren Adern“, und die Verweigerung des Zugangs zu Wasser sei für Israel ein Kriegsgrund.

In den Jahren 1987 bis 1988 flossen 67 Prozent der israelischen Wasserressourcen in die Landwirtschaft, der Rest versorgte die Industrie und die Privathaushalte. Bis 1992 sank der Anteil der Landwirtschaft zwar auf 62 Prozent, doch bleibt sie nach wie vor der größte Wasserverbraucher. Während im Jahr 2000 rund 50 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Israels bewässert wurden, verbrauchten die palästinensischen Dörfer nur 2 Prozent des israelischen Wasser. So heizt die ethnisch und religiös begründete Wasser-Apartheid den israelisch-palästinensischen Konflikt zusätzlich auf.

Als Israel im Zuge des Sechstagekriegs 1967 die Westbank und die Golan-Höhen besetzte brachte es im Endeffekt die Süßwasserressourcen der Golan-Höhen, den See Genezareth, den Jordan und die Westbank in seine Gewalt. Der Nahost-Experte Ewan Anderson schrieb hierzu: „Die Westbank ist für Israel eine entscheidende Wasserquelle, und man könnte sagen, dass dieser Aspekt alle anderen politischen und strategischen Faktoren überwiegt.“

Während in den Jahren 1967 bis 1982 das Militär die Wasserressourcen der Westbank kontrollierte, ist dafür heute das israelische Wasserversorgungsunternehmen Mekorot zuständig. Mekorot speist das Westbank-Wasser, das zwischen 25 und 40 Prozent des israelischen Wasserbedarfs deckt, in das landesweite Leitungsnetz ein. Israel verbraucht 82 Prozent der gesamten Wasserressourcen der Westbank, die Palästinenser nur 18 bis 20 Prozent. Der Wasserverbrauch der Palästinenser wird von der israelischen Regierung kontrolliert und beschränkt. In einem Militärbefehl von 1967 heißt es: „Niemand hat die Erlaubnis, ohne eine neue amtliche Genehmigung ein Wasserwerk zu errichten, zu besitzen oder zu verwalten (als Wasserwerk gelten jede Vorrichtung zur Entnahme von Grund- oder Oberflächenwasser und jede Wasseraufbereitungsanlage). Die Genehmigung kann ohne jede Angabe von Gründen verweigert werden. Ebenso kann eine Genehmigung ohne jede Angabe von Gründen entzogen oder geändert werden. Die zuständigen Behörden dürfen jede Wasserressource, für die keine Genehmigung vorliegt, beschlagnahmen, auch wenn gegen den Besitzer noch kein rechtskräftiger Beschluss vorliegt.“

1999 durften die Palästinenser nur 7 Brunnen bohren. Die Bohrtiefe war auf 140 m beschränkt, während israelische Brunnen bis in Tiefen von 800 m vorstoßen dürfen.

In dem Maße, wie sich die Wasserknappheit durch Trockenheit und Übernutzung verschlimmert, verschärfen sich die damit einhergehenden Konflikte. Der Wasserspiegel des Sees Genezareth ist seit 1993 um 4 Meter gefallen und hat einen Jahrhunderttiefstand erreicht. 1999 musste Israel den Wasserverbrauch der Landwirtschaft in Folge von Trockenheit um 10 Prozent reduzieren. Manche Prognosen gehen davon aus, dass Israel keine andere Wahl bleibt, als seinen Wasserverbrauch einzuschränken, den Anbau von Baumwolle und Orangen einzustellen und stattdessen trockenresistente Nahrungspflanzen anzubauen.

Kein Wasser für die Palästinenser

Während Israelis das ganze Jahr über Leitungswasser für ihre privaten und ökonomischen Bedürfnisse nutzen können, haben viele Palästinenser keinen bzw. keinen ausreichenden Zugang zu sauberem Wasser. Die Verknappung auf der palästinensischen Seite führt zu gesundheitlichen, ökonomischen und ökologischen Schäden.
Seit der militärischen Besetzung der Westbank (WB) und des Gazastreifens 1967 kontrolliert Israel alle Grundwasserspeicher westlich des Jordans, den Tiberias-See (See Genezareth) und weitgehend auch den oberen und unteren Jordan mit seinen Zuflüssen. Mit Hilfe einer Vielzahl von geänderten Gesetzen und sog. „Military Orders" wurde die Wasserverteilung extrem einseitig zu Gunsten des israelischen Staatsgebiets und der israelischen Siedlungen im Westjordanland verschoben. Palästinensische Ortschaften werden seit 1982 an das israelische Wasserleitungsnetz angeschlossen und müssen überhöhte Wasserpreise an die israelische Wassergesellschaft Mekorot bezahlen: (5)

Für Palästinenser:

- Durchschnittl. Wasserverbrauch pro Kopf: 32 Liter/Tag, Wasserpreis: 4,6 Schekel/m3 (6)
- 20% der palästinensischen Dörfer der WB waren 1995 (Interim-Abkommen) noch nicht an das Leitungsnetz angeschlossen. (8) Im Jahr 2001 mussten laut israelischer Menschenrechtsorganisation B'Tselem 215.000 Palästinenser Wasser von Tankwagen kaufen. Wegen der Militärsperren erreichen nur wenige Tankwagen entferntere Dörfer, was den Wasserpreis weiter steigen lässt. (2)
- Die angeschlossenen Haushalte leiden besonders im Sommer unter einer Verknappung des Wasserangebots. Die Wasserversorgung wird willkürlich für ganze Dörfer abgestellt, so dass z. B. nur einmal pro Woche für einige Stunden Wasser fließt. (6)
- Es wird zu wenig in die Instandhaltung des Leitungsnetzes investiert: bis zu 60% Wasserverluste durch Leckagen. (8)
- Die Palästinenser erhalten keinen Zugang zur Nutzung des Wassers aus dem Fluss-System des Jordans.

Für Israelis:

- Durchschnittl. Wasserverbrauch pro Kopf: 220 Liter/Tag, Wasserpreis: 0,8 Schekel/m3 (6)
- Für Siedler im Westjordanland: 330 Liter/Tag, Wasserpreis: 0,3 Schekel/m3 (6)
- Es gibt keine Beschränkungen hinsichtlich des Wasserverbrauchs: Auch in Dürrezeiten werden Autos gewaschen, Rasen gesprengt und öffentliche Parks bewässert. (2)
- Von dem erneuerbaren (durch Regenfälle wieder auffüllbaren) Grundwasser der Westbank werden 81% an Israel und die israelischen Siedler der Westbank geliefert. (5)
- Bis zum Abzug der ca. 6.000 israelischen Siedler aus dem Gazastreifen erhielten diese 40% des Wasservorrats aus diesem Gebiet, während die über 1.000.000 dort lebenden Palästinenser mit den restlichen 60% auskommen mussten. (6)
- Die Entnahme von Wasser aus dem Fluss-System des Jordans ist ausschließlich Israelis vorbehalten.

•Folgen der Grundwasserabsenkung durch übermäßige Wasserentnahme:

Für Palästinenser:

- Die israelische Militärregierung genehmigt den Palästinensern nur eine Brunnentiefe von 60 bis 150 m, so dass viele Brunnen zeitweilig oder dauerhaft versiegen. (5)
- Die Anzahl der Genehmigungen für neue Brunnen liegt unter der Anzahl der versiegten Brunnen: von 1967 – 1995 nur 23 für über 2.300.000 Palästinenser in der Westbank. (5)
- Flüsse, die vor zwei Generationen ganzjährig der landwirtschaftlichen Bewässerung dienten, sind ganz oder zeitweilig ausgetrocknet, z.B. der Fluss al-Auscha im Gazastreifen. (1)
- Durch den tiefen Grundwasserspiegel fließt im Gazastreifen brackiges Meerwasser nach. Der Chloridgehalt liegt in den meisten Gebieten zwischen 1200 und 2500 mg/l. Die Weltgesundheitsbehörde empfiehlt für Trinkwasser max. 250 mg/l. Viele Bewohner sind nierenkrank. (8)

Für Israelis:

- Die Brunnen der Israelis dürfen 100 bis 600 m tief sein. Dadurch ist die Wasserförderung jederzeit möglich. (5)

- Israelis haben keine Schwierigkeiten, neue Bohrgenehmigungen für die Förderung von Grundwasser zu erhalten. (5)

- Von 1967 - 1995 baute die israelische Wassergesellschaft Mekorot 32 Brunnen für 140.000 Siedler. (5)

- Die Wasserreserven des Gazastreifens wurden von Israel ausgeschöpft, indem es den unterirdischen Wasserzufluss schon östlich des Gazastreifens ableitete. (7)

•Folgen der ungleichen Wasserversorgung für die Landwirtschaft:

Für Palästinenser:

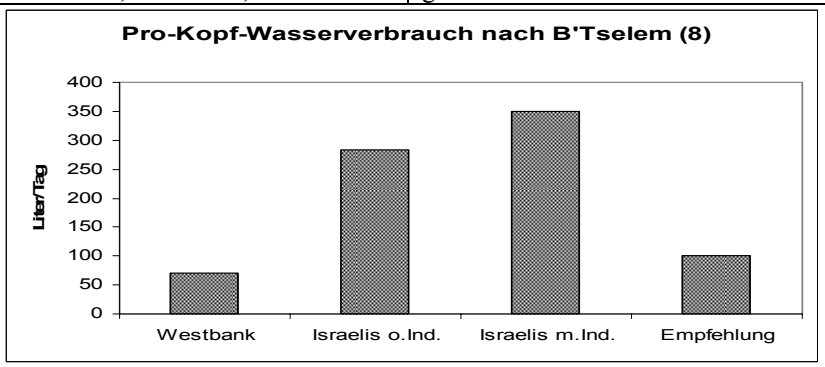
- Die bewässerte landwirtschaftliche Fläche ging in den besetzten Gebieten stetig zurück. (6)
- Das durch die Grundwasserabsenkung nachfließende Brackwasser im Gazastreifen ist für viele Nutzpflanzen schädlich und z. B. für die Bewässerung von Orangenplantagen unbrauchbar. (3), (5)
- Israelische Behörden haben nahe Beit Lahia im Gazastreifen 50.000 Tonnen Chemie- und Militärabfälle versenkt, so dass der gesamte unterirdische Wasservorrat von der Vergiftung bedroht ist. (4)

Für Israelis:

- Die bewässerte landwirtschaftliche Fläche stieg: 1949 auf 30.000 ha, 1968 auf 161.600 ha und 1987 auf 215.300 ha. (5)
- Die nach 1967 aus so genannten „strategischen Gründen" errichteten Siedlungen im Gazastreifen waren in Wirklichkeit landwirtschaftliche Großbetriebe, die die Grundwasserreserven überbeansprucht haben. (3) Nach dem Abzug im Sommer 2005 hinterlassen sie hohe Belastungen durch Düngemittel.
- Jordanwasser aus dem Tiberias-See wurde südlich durch Israel bis in die Negev-Wüste umgeleitet, so dass auch hier Landwirtschaft möglich wurde.

Kein Wasser für die Palästinenser

Westbank: 26 m3/Jahr = 70 l/Tag für Haushalt, Gemeinde, Industrie Israelis: 103 m3/Jahr = 283 l/Tag für Haushalt und Gemeinde 128 m3/Jahr = 350 l/Tag für Haushalt, Gemeinde, Industrie	Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation und der Agentur der Vereinigten Staaten für Internationale Entwicklung: 100 l/Tag für Grundversorgung in Haushalt, Krankenhäusern, Schulen, Handel u. Gewerbe u. sonst. öffentlichen Einrichtungen



Es gibt 2 gemeinsame Wasserressourcen:
1. Der Grundwasserspeicher, hauptsächlich unter den Bergen der Westbank, ca. 130 km lang und 35 km breit, bestehend aus dem nördlichen, dem westlichen und dem östlichen Aquifer: Daraus wird ca. ¼ des Wasserbedarf Israels und der israelischen Siedlungen gedeckt, ca. 851 Mio. m3/Jahr. Die Palästinenser der Westbank erhalten ihr fließendes Wasser vollständig aus dieser Ressource, sie erhalten ca. 109 Mio. m3/Jahr (ca. 1/10 des gesamten Wassers).
2. Der obere Jordan mit seinen Zuflüssen, der Tiberias-See, der Jarmuh und der untere Jordan: Daraus decken Israel und die israelischen Siedler ca. 1/3 ihres Wasserbedarfs. Die Länder Jordanien, Syrien und Libanon erhalten nach Internationalem Recht ebenfalls Wasser aus diesem System. Die Palästinenser haben keinen Zugang zu Wasser aus dieser Quelle. (8)

Die Genfer Konventionen und die Haager Landkriegsordnung (Artikel 43 und 55) verbieten einer Besatzungsmacht, in Besitzverhältnisse und Infrastruktur des besetzten Gebietes einzugreifen, z. B. bezüglich der Wasservorkommen.
1992 wurde Israel deshalb in einem UNO-Bericht kritisiert:

„Da Israels Wasserverwaltungs-Praktiken administrative, politische und hydrologische Grenzen ignorieren, sind die israelischen Behörden in der Lage Wasser von einem Bassin oder Grundwasserspeicher zu einem anderen zu transferieren, sowohl innerhalb der Westbank oder von der Westbank in andere Gebiete."

Wasser in den Osloer Verträgen:
Das Interims-Abkommen von 1995 (Oslo 2), Artikel 40 des Protokolls für zivile Angelegenheiten (Anlage 3), umfasst die bis dahin am weitestgehende und detaillierteste Verständigung über Wasser. Die Zuständigkeit für Wasser geht scheinbar auf die Palästinensische Autorität über und alle neuen Wasser- und Abwasserprojekte werden fortan von einem Gemeinsamen Wasser-Komitee (JWC) genehmigt, dem jeweils gleich viele Vertreter Israels und der Palästinensischen Autorität angehören. Tatsächlich ändert sich das Ausmaß der israelischen Kontrolle kaum.

- Der Ausgangspunkt für das Verständnis der Wasserverteilung ist, dass die Wassermenge des israelischen Verbrauchs innerhalb der grünen Linie und der israelischen Siedlungen nicht reduziert wird. Nach diesem Prinzip muss jegliches zusätzliche Wasser für die Palästinenser aus Quellen kommen, die zuvor nicht genutzt wurden, nicht über eine Neuverteilung. Das bedeutet, die Palästinenser können nur zusätzliches Wasser aus dem östlichen Aquifer der Westbank erhalten, da das nördliche und westliche Aquifer bereits vor der Unterzeichnung voll genutzt wurden. Das östliche Aquifer befindet sich jedoch hauptsächlich im Bereich der Zone C: Hier müssen alle Wasser- und Abwasserprojekte zusätzlich von der israelischen Zivilverwaltung genehmigt werden.
- Das JWC kann seine Entscheidungen ohnehin nur im Konsens fällen, und es fehlt ein Mechanismus, um bei Streitigkeiten eine Einigung herbei zu führen. Dadurch kann Israel jeden palästinensischen Antrag auf Bohrgenehmigung für einen neuen Brunnen mit einem Veto blockieren.
- In den Osloer Verträgen erkannte Israel die territoriale Einheit von Westbank und Gazastreifen an. Das Interims-Abkommen verlangt jedoch, dass der Gazastreifen hinsichtlich der Wasserressourcen einen separaten Sektor bildet und keine Wasserlieferung aus der Westbank erhalten kann. Dadurch wird es notwendig, mit der Überbeanspruchung des Gaza-Aquifers fortzufahren. (8)

---

1) W. Lechner / E. Kashi: „ Wo die Macht des Wassers Frieden stiftet", im Zeit-Magazin vom 22.03.1996, S. 14 ff
2) Frankfurter Rundschau vom 28.07.2001
3) Frank Bliss: „ Palästina", S. 51 – 53
4) Victoria Waltz: "Will uns die Presse in Deutschland nicht informieren?"
5) Beitrag aus der Neuen Zürcher Zeitung, veröffentlicht vom Friedensratschlag
6) Frau Dr. Sumaya Farhat Nasser in einer Fernsehsendung des WDR3, April 2002
(7) Mustafa Barghouthi: Die Wahrheit, die man nicht hört (oder liest), ZNet Deutschland 01.12.2005
(8) B'Tselem 2006: The Water Crisis

Gefangene Kinder: Misshandelt und vergessen

Verhaftungen von palästinensischen Kindern im Alter von 12 Jahren ist für das israelische Militär eine bis heute gängige Praxis.(…). Basierend auf den Angaben der Kinderschutzorganisation DCI bestätigt Andrea Bistrich die traurige Gewissheit, dass palästinensische Kinder keine Kindheit haben dürfen.

Seit die zweite Intifada gegen die israelische Besatzung Palästinas im September 2000 begann, werden jährlich rund 600 palästinensische Minderjährige verhaftet. Nach Angaben der Kinderschutzorganisation Defense for Children International (DCI) stieg ihre Zahl im Jahr 2004 auf alarmierende 750 an. Die meisten der Verhafteten sind zwischen zwölf und 14 Jahre alt.

Gewöhnlich wird Anklage erhoben, weil die Kinder und Jugendlichen Steine oder Molotowcocktails auf israelische Militärfahrzeuge geworfen haben. Mitunter werden sie auch beschuldigt, einer illegalen Organisation anzugehören, mit ihr zu sympathisieren oder Waffen geschmuggelt zu haben. Die meisten Minderjährigen werden an den Checkpoints oder im Zuge der nächtlichen Massenverhaftungen festgesetzt. Bei den Verhören haben sie in der Regel keinen Zugang zu einem Anwalt. Das hat Folgen: Beleidigungen und Erniedrigungen sind an der Tagesordnung, aber auch sexuelle Mißhandlung und Folter kommen vor. Oft werden sie zur Kollaboration mit den israelischen Behörden gezwungen oder müssen auf hebräisch verfaßte »Geständnisse« unterschreiben. Solche Methoden haben verheerende Folgen für die Entwicklung ganzer Generationen von palästinensischen Kindern.

Etwa die Hälfte von ihnen kommt nach zwei oder drei Nächten hinter Gittern zwar wieder frei. Auf die anderen 300 dagegen wartet ein zermürbender Weg durch die israelische Militärjustiz, die für die besetzten Gebiete als rechtsstaatlich verbindlich gilt.

»Ein Vergleich der Urteile gegen Jugendliche im Jahr 2004 und den Jahren davor zeigt einen besorgniserregenden Trend zu längeren Gefängnisstrafen, obwohl die Zahl der ernsthafteren Straftaten im gleichen Zeitraum zurückgegangen ist«, heißt es in dem DCI-Bericht weiter. Das israelische Militärrecht gestattet keine besonderen Bestimmungen für Minderjährige. Gesuche, die Kinder und Jugendlichen auf Kaution zu entlassen, werden gemeinhin abgelehnt. Eine solche Handhabung aber verstößt gegen internationales Recht. Die UN-Kinderrechtskonvention bezeichnet die Internierung von Kindern in Artikel 37b explizit als letzte mögliche Maßnahme. In dem Abkommen wird auch dazu angehalten, die Haft grundsätzlich so kurz wie möglich zu halten.

Während nach internationalem juristischen Standard Personen unter 18 Jahre als Kinder gelten, wendet Israel auf die besetzten Gebiete ein ungleich schärferes Militärgesetz an. Demnach werden palästinensische Kinder ab 16 Jahre bereits als Erwachsene definiert, in den Gefängnissen zusammen mit Erwachsenen inhaftiert – und ebenso wie sie behandelt. Auch dieses Vorgehen steht in direktem Widerspruch zu den in der Kinderrechtskonvention festgelegten Bestimmungen.

Solange Israel seine Besatzung mit eiserner Hand aufrechterhält, wird es für die palästinensischen Kinder keine Kindheit geben. Dass die jahrzehntelangen Verletzungen der Rechte palästinensischer Kinder auf die Dauer nichts weiter als blanken Haß in der unterdrückten Bevölkerung säen, ist daher wenig verwunderlich. Die Frage bleibt, warum die internationale Gemeinschaft so wenig Willen zum Eingreifen zeigt.

Weitere Informationen zur Organisation Defense for Children International (DCI)

http://www.dci-pal.org/english/home.cfm

Quelle: Junge Welt 28. Juli 2006

Sommer 2006: Angriffe der israelischen Armee gegen Gaza

Alain Gresh, Le Monde Diplomatique

Kriegsverbrechen, Offensive gegen den Frieden

„Das Aushungern von Zivilpersonen als Mittel der Kriegführung ist verboten. *(...) Es ist verboten, für die Zivilbevölkerung lebensnotwendige Objekte (...) anzugreifen, zu zerstören, zu entfernen oder unbrauchbar zu machen"* (1) Aus den Bestimmungen des **Art. 54 des Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen** (12. August 1949) von 1977 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte folgt eindeutig, dass die Bombardierung des Elektrizitätswerks in Gaza durch die israelische Armee, die Blockaden gegen die Zivilbevölkerung und die kollektiven Strafen **Kriegsverbrechen** sind.

Die israelische Offensive hat ein weiteres Prinzip des internationalen Rechts, das in diesem Protokoll entwickelt wird, verletzt: das der **Verhältnismäßigkeit**. Der Text legt fest, dass Angriffe „verboten sind, wenn zu erwarten ist, dass es dadurch Verletzte bzw. Tote in der Zivilbevölkerung gibt oder noch wenn Schäden an den Gütern der Zivilbevölkerung zu erwarten sind, die im Verhältnis zum angestrebten konkreten und direkten militärischen Vorteil viel zu hoch wären." (2) Wer kann auch nur einen Augenblick meinen, dass das behauptete Ziel – die Rettung eines Soldaten – diese zahlreichen Zerstörungen gerechtfertigt?

Im Gegensatz zu den Behauptungen von mehreren französischen Zeitungen – unter ihnen Libération (3) – **hat Israel schon mehrfach über den Austausch von Gefangenen verhandelt:** 1985 wurden 1150 palästinensische Gefangene freigelassen, um die Rückgabe von drei Soldaten zu erreichen, die von der Volksfront zur Befreiung Palästinas" (PFLP-GC) gefangen genommen worden waren. Und 2004 wurden im Rahmen eines ähnlichen Abkommens mit der libanesischen Hisbollah 400 palästinensische Gefangene gegen einen israelischen Offizier und die Überreste von drei getöteten Soldaten ausgetauscht. Wären Verhandlungen denn nicht besser geeignet, die Freilassung von Gilad Shalit zu veranlassen, als diese militärischen Operationen, die womöglich zum Tod der Geisel führen werden?

Im Editorial der israelischen Tageszeitung Haaretz konnte man am 30.Juni lesen: *„Brücken bombardieren, die man zu Fuß oder mit einem Wagen umgehen kann; einen vor Jahren zerstörten Flughafen unter seiner Kontrolle zu bringen; ein Elektrizitätskraftwerk zerstören, und damit große Teile von Gaza in der Dunkelheit lassen; Flugblätter verteilen, in denen der Bevölkerung erklärt wird, man würde sich um ihr Schicksal kümmern; den Präsidentenpalast überfliegen und gewählten Mitglieder der Hamas verhaften. Will uns die Regierung weismachen, dass dies alles nur für die Befreiung des Soldaten Gilad Shalit durchgeführt wurde!"* Der Kommentator fährt fort: *„Olmert müsste es doch wissen, dass die Festnahme von Führern nur dazu beiträgt, sie und ihre Anhänger zu stärken. Aber es handelt sich nicht nur um eine vorgeschobene Begründung:* ***Menschen festnehmen, um sie als Tauschobjekt zu benutzen ist die Handlung einer Gang, nicht eines Staates."****(*4)

Israelische Medien haben es enthüllt: Diese Offensive, dazu gehört auch die Festnahme der wichtigsten Verantwortlichen der Hamas - in erster Linie gewählte Abgeordneten und Minister –, wurde **schon seit langem geplant.** Aus welchen Gründen? Es geht darum, nicht nur die palästinensische Regierung, die nach den Wahlen von Januar 2006 gebildet wurde, sondern **jegliche palästinensische Vertretung aus dem Weg zu räumen.** Das ist die Logik des „Rückzugsplans", den Sharon beschlossen hatte und den Olmert fortführt: Behaupten, dass es keinen palästinensischen Gesprächspartner gibt, um einseitig die Grenzen Israels bestimmen zu können.

Diese Strategie ist nicht erst nach dem Sieg der Hamas entstanden: Im Jahre 2005, als Mahmoud Abbas an der Spitze der Autonomiebehörde war und mit einer Fatah-Mehrheit regierte, hat der Premierminister Sharon systematisch **jegliche Verhandlungen mit ihm abgelehnt** und hat trotz des Beschlusses des internationalen Gerichtshofs **den Bau der Mauer fortgeführt**. Mit dieser Entscheidung für den **Unilateralismus** werden die Errungenschaft der Osloer Verträge widerrufen: Die Überzeugung, die durch das am 9. September 1993 unterzeichnete Dokument der gegenseitigen Anerkennung zwischen Israel und der PLO bestätigt wurde, dass die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts in bilateralen Verhandlungen zwischen dem israelischen Staat und der PLO liegt.

Den Sieg der Hamas bei den Wahlen im Januar 2006 (6) hat die israelische Regierung benutzt, um ihre Propaganda „Es gibt keinen palästinensischen Gesprächspartner" zu verstärken. **Die USA und die EU** – mit Zustimmung Frankreichs (7) – haben der neuen palästinensischen Regierung drei Bedingungen gestellt: Anerkennung des Staates Israel, Verzicht auf jegliche bewaffnete Aktion, Anerkennung des Osloer Prozesses – und haben die direkte Hilfe suspendiert, was erheblich zu den Leiden der Bevölkerung beigetragen hat, die sich schuldig gemacht hatte, „falsch gewählt" zu haben. Wie groß ist hingegen die **Gefälligkeit gegenüber einer israelischen Regierung**, die sich weigert, das Recht der Palästinenser auf einen unabhängigen Staat in den 1967 besetzten Gebieten anzuerkennen, die den Terrorismus gegen die

Zivilbevölkerung einsetzt und alle Verpflichtungen aus den Osloer Verträgen widerruft! Frau Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen, hat sogar den Unilateralismus der israelischen Regierung als „mutige Entscheidung“ begrüßt.

Wahrscheinlich nicht zufällig wurde die aktuelle Offensive zu einer Zeit begonnen, wo gerade alle palästinensischen Organisationen – mit Ausnahme vom Islamischen Jihad - eine gemeinsame Erklärung unterschrieben hatten (8), die die Errichtung des unabhängigen palästinensischen Staates in allen 1967 besetzten Gebieten, mit Ostjerusalem als Hauptstadt vorsieht – eine Erklärung, die also faktisch Israel anerkennt. Diese neue Friedensperspektive hat die israelische Regierung aufhalten wollen. **Das war genauso im Jahre 2002,** als der arabische Gipfel in Beirut einen Plan verabschiedet hatte, der die Anerkennung des Staates Israel im Tausch gegen die Bildung eines palästinensischen Staates vorsah. Die Regierung Sharons hatte einen Selbstmordanschlag zum Vorwand genommen, um eine umfassende Offensive gegen die besetzten Gebiete zu starten.

Der romantische Name „Sommerregen“ für die israelische Offensive bestätigt jedoch das Scheitern des Unilateralismus: Der Rückzug der israelischen Armee aus Gaza kann nicht zum Frieden führen, wenn keine Verhandlungen mit den Palästinensern geführt werden. Was die Westbank angeht, wo die Verstrickung der israelischen Siedlungen und der palästinensischen Bevölkerung stark ist, wird jeglicher unilateraler Rückzug nur zu neuen Gewalttaten führen.

(1) http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/93.htm, Übersetzung in: www.admin.ch/ch/d/sr/i5/0.518.521.de.pdf
(2) « Principe de proportionnalité », in Crimes de guerre.
(3) Libération, 29 juin 2006.
(4) « The government is losing its reason », Haaretz, 30 juin 2006.
(5) www.monde-diplomatique.fr/cahier/proche-orient/
(6) « Le Hamas à l’épreuve du pouvoir », par Wendy Kristianasen, Le Monde diplomatique, juin 2006 ; « Hamas besieged » et « “Honestly, only in Palestine” », Le Monde diplomatique , June 2006.
(7) « “Fatigue” au Quai d’Orsay, misère à Gaza », Le Monde diplomatique, juin 2006.
(8) « The Prisoners’ National Conciliation Document », Palestine Center, 28 juin 2006
http://www.thejerusalemfund.org/images/informationbrief.php?ID=166

Franz.Originaltext: http://www.monde-diplomatique.fr/carnet/2006-06-30-Palestine

In “Sand im Getriebe“ Nr 52 erschienen

Generaldelegation Palästinas, Berlin, 11. Juli 2006

Wer Frieden will, verweigert nicht die ausgestreckte Hand

Unter dem Engagement von Präsident Mahmoud Abbas einigten sich vor zwei Wochen alle palästinensischen Kräfte auf die Zwei-Staatenlösung, deren Grundlage das Völkerrecht und die internationalen Resolutionen bilden. Das Abkommen zur nationalen Einheit verbindet alle Parteien in ihrem Ziel durch Verhandlungen unter Führung der PLO eine friedliche Lösung im Konflikt zu finden und den Weg für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten zu beschreiten.

Anstatt Friedensverhandlungen mit der PLO unter dem Vorsitz des Präsidenten Mahmoud Abbas aufzunehmen, griff das israelische Militär 24 Stunden später den Gazastreifen an. Unter dem Deckmantel einer „Befreiungsaktion“ wurde in gezielten Luft- und Bodenattacken die lebensnotwendige Infrastruktur der Region ad hoc zerstört: zuerst das Elektrizitätswerk im Süden der Stadt Gaza sowie wichtige Verbindungswege wie Brücken und Straßen. Es folgte eine willkürliche Verhaftungswelle, in dessen Verlauf 64 Minister, Parlamentsabgeordnete und Bürgermeister der demokratisch gewählten Regierung widerrechtlich verhaftet und bis heute festgehalten werden. Das palästinensische Innenministerium in Gaza liegt in Schutt und Asche. Bis heute starben fast 70 Palästinenser; Mehr als 200 Zivilisten wurden durch die Luft- und Bodenangriffe zum Teil schwer verletzt.

Menschenrechtsorganisationen und die Europäische Union sind sich einig, dass die Zerstörung der Infrastruktur dramatische Folgen für die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen mit sich bringt: Der Zusammenbruch des Stromnetzes impliziert zugleich den Zusammenbruch der Wasserzufuhr. Krankenhäuser, Labore und andere medizinische Einrichtungen sind nicht mehr in der Lage, eine Mindestversorgung im Gazastreifen aufrecht zu halten. Systematischer Boykott und gezielte Isolierung tun ihr übriges. Unter den andauernden Ausgangssperren und angreifenden Luft- und Bodentruppen leiden vor allem Kinder und Jugendliche. Physische und psychische Folgen der Traumatisierten sind derzeit noch nicht absehbar.

Menschenrechtsorganisationen und die Europäische Union sind sich ebenfalls einig, dass die provozierenden Handlungen des israelischen Militärs eine friedliche Lösung des Konfliktes verhindern. Von vornherein wird jedweder Versuch, eine Entspannung der Lage zu erzielen, von Israel sabotiert, um dem palästinensischen Volk eine unilaterale Lösung aufzuzwingen. Die Internationale Gemeinschaft und die Bundesregierung sollten sich ernsthaft die Frage stellen, inwiefern derartige Verstöße gegen grundlegendes Völker- und Menschenrecht mit der sog. „Befreiung eines Soldaten“ vereinbar sind. Frieden und Stabilität in der Region können nicht durch Wegschauen oder Erweiterung des Rüstungspotentials der israelischen Armee erreicht werden, sondern nur mittels Dialog sowie ausgewogener Vermittlung einer dritten Partei.

http://www.palaestina.org/news

Uno-Experte drängt Israel, die Zerstörung von Häusern und Infrastruktur in Gaza zu stoppen und verlangt militärische Sanktionen

«Als Sonderberichterstatter für angemessene Unterkünfte verurteile ich mit den stärkst möglichen Worten den Artilleriebeschuss von palästinensischen Häusern durch die israelischen Verteidigungsstreitkräfte in Beit Hanoun, welcher 19 unschuldige Zivilisten tötete und 60 verletzte, darunter Frauen und Kinder. Die Erklärung der israelischen Regierung, dass es sich bei dieser mutwilligen kriminellen Handlung um einen Fehler gehandelt habe, ist inakzeptabel. Der Beschuss und die anschließende Tötung von Zivilisten lassen auf eine vorsätzliche militärische Taktik schließen, welche eine Form der kollektiven Bestrafung des palästinensischen Volkes darstellt.

Seit dem 25. Juni 2006, dem letzten israelischen Einfall in den Gaza-Streifen, erhalte ich ständig alarmierende Berichte über absichtliche Angriffe durch israelische Soldaten, welche zur Zerstörung von Häusern, zivilem Eigentum und von Infrastruktur im Gaza-Streifen führen. Solche Handlungen haben eine verheerende Wirkung auf Zivilisten, insbesondere Frauen und Kinder, und schaffen Unsicherheit und psychologische Traumata. Daher stellen diese gewaltsamen Räumungsbefehle und die ungerechtfertigte Zerstörung eine Verletzung des Internationalen Rechts dar, der Menschenrechte, der Normen für Krieg und der humanitären Verpflichtungen. Das Völkerrecht verbietet strengstens die Zerstörung von privatem oder öffentlichem Eigentum, sofern dies für militärische Operationen nicht absolut notwendig ist. Gemäss der United Nations Relief and Works Agency UNRWA, dem UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge, führte die militärische Operation in Beit Hanoun während der sechstägigen militärischen Belagerung zur Zerstörung von Dutzenden von Häusern.

Israels Praxis der Konfiskation palästinensischen Landes, des Abreißens von palästinensischen Häusern, der Schließung und der Implantation von illegalen Siedlungen wird in der ganzen Westbank und in Jerusalem ebenfalls fortgeführt, wozu auch jene zählen, die mit der Trennungsmauer in Verbindung stehen. Ich habe außerdem von Kolonisierungsaktivitäten insbesondere im Jordantal erfahren, bei welchen die Weltzionisten-Organisation und der Jüdische National Fond aktiv beteiligt sind. Solche Enteignungen und Zerstörung jenseits der Grünen Linie, innerhalb des Kontinuums von Politik und Praxis des Bevölkerungstransfers, sind Faktoren, welche dem andauernden Konflikt zugrunde liegen. Ich dränge den israelischen Staat, mit diesen Praktiken aufzuhören und das konfiszierte Land zurückzugeben im Interesse des regionalen Friedens und der Sicherheit.

Die jüngsten Ermordungen durch Israel müssen als Aufruf an die internationale Gemeinschaft dienen, damit sie aus ihrer Inaktivität und zögernden Haltung aufwacht, welche die Beachtung der gravierenden Krise in Gaza geprägt hat. In diesem Zusammenhang unterstütze ich ganz und gar die Stellungnahme von Professor John Dugard, Sonderberichterstatter über den Stand der Menschenrechte in den palästinensischen Territorien, der darin den UN-Sicherheitsrat auffordert, die Krise in Gaza dringend anzugehen. Ich verlange dringend eine internationale unabhängige Untersuchung der Ereignisse sowie den Einsatz von internationalen Streitkräften in der Region. Außerdem dränge ich die internationale Gemeinschaft wegen ihrer Verpflichtungen bezüglich der Menschenrechte und dem humanitären Recht, die Fortsetzung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel zu überdenken angesichts der überwältigenden Beweise für Verletzungen einer Reihe von Menschenrechten, einschließlich des Rechts auf angemessene Unterkunft.» (10. November 2006, Sonderbotschafter Miloon Kothari)

Bericht des UN-Sonderberichterstatters John Dugard, A/HRC/7/17, 21.1.2008:
Israel bleibt unabhängig von der Behauptung, dass Gaza ein "feindliches Gebiet" sei, die Besatzungsmacht in Gaza. Das bedeutet, dass seine Maßnahmen mit den Standards des Humanitären Völkerrechts und der Menschenrechtsgesetze bewertet werden müssen.
Gemessen an diesen Standards verletzt Israel in schwerwiegender Weise seine rechtlichen Verpflichtungen. Die kollektive Bestrafung Gazas durch Israel ist durch das Humanitäre Völkerrecht ausdrücklich verboten und hat zu einer ernsthaften menschlichen Krise geführt.

Nicht in meinem Namen

Die fortgesetzte Blockade des Gaza-Streifens ist eine Schande

"Was wollen die Palästinenser - wir haben doch Gaza 2005 geräumt?", sagt die israelische Propaganda und verschweigt, dass die Armee den Landstrich verlassen und sich selbst überlassen hat. John Dúgard, UN-Beauftragter für Menschenrechte, beschreibt es so: "Gaza ist ein Gefängnis, Israel besitzt den Schlüssel und hat ihn ins Meer geworfen." Kaum anders fällt das Urteil des Internationalen Roten Kreuzes aus: Das okkupierte Volk werde wie eine Geißel des Konflikts behandelt, heißt es da.

Ich verurteile den Abschuss mit Qassam-Raketen aus Gaza nach Israel, ich verurteile jeden Angriff auf Zivilisten. Aber Besatzung ist der Inbegriff von Gewalt, die Gegengewalt zur Folge hat. Die offiziellen Vorschläge für eine Waffenruhe, wie sie von Hamas kamen, werden durch Israel abgelehnt. Einen letzten gab es am 20. Dezember 2007. Wieder reagierte Israel mit Verachtung und zog es vor, mit Panzern und Raketen zu antworten, so dass 38 Palästinenser getötet wurden. In Wirklichkeit will die Regierung Olmert nicht die Qassam-Raketen, sondern die Hamas besiegen. So sieht die Politik aus, wie sie von Verteidigungsminister Barak, einem verkleideten Extremisten aus der Arbeitspartei, ins Werk gesetzt wird. Unsere Friedensbewegung betrachtet ihn als den derzeit gefährlichsten Politiker des Landes.

Für den überwiegenden Teil der Bevölkerung in Gaza fehlt es an reinem Trinkwasser, die Brunnen sind bakterienbelastet und durch jahrelange intensive Wasserentnahme versalzen. 60 Prozent der Einwohner verfügen über kein fließendes Wasser - viele Straßen in Gaza-Stadt sind überflutet, weil das Abwasser direkt aus den Häusern fließt. Es gibt dramatische Engpässe bei der Lebensmittelversorgung, deshalb sahen wir auf dem Bildschirm Tausende die Grenze zu Ägypten stürmen, um sich dort zu besorgen, was sie zum Überleben brauchen. Wer die Bilder sah, glaubte die Befreiung aus einem Käfig zu erleben. Tatsächlich war es ein Zeichen dafür, dass sich die Unterdrückten wehren. Wie schamlos muss die israelische Regierung sein, Menschen in ein solches Maß der Verzweiflung zu treiben? Und die USA? Sie haben ihr Veto im Sicherheitsrat immer parat, um Israel zu schützen. Und das gehorsame Europa? Dort wird geschwiegen. Gerade das muss sich ändern, wenn der israelische Staat als Besatzungsmacht ungerührt die Genfer Konventionen von 1949 verletzt. Deren Unterzeichner - und dazu gehört auch Deutschland - haben die Pflicht, sich einzumischen, um diesen Konventionen überall auf der Welt Geltung zu verschaffen. Es wäre ein Segen für das irregeleitete israelische Volk, wenn es dazu käme.

Was die Regierung Olmert im Namen der Israelis betreibt, heißt Kriegsverbrechen. Der Ort, wohin die Täter gehören, ist der Gerichtshof in Den Haag! Weil die Blockade des Gaza-Streifens rechtswidrig, menschenverachtend und eine Schande ist. Heute demonstrieren die israelischen Friedenskräfte wie Friedensbewegte überall auf der Welt und sagen: "Wir sind alle Gaza!" Wir kämpfen für Frieden und Gerechtigkeit und gegen leere Worte, die benutzt werden, um die weitere Besiedlung der besetzten Gebiete (7.200 neue Wohnungen in Ost-Jerusalem) zu verhüllen.

Aus Verehrung ist dem genialen Musiker Daniel Barenboim ein palästinensischer Pass überreicht worden. Eine Entscheidung, die noch von der Regierung der Einheit unter Beteiligung von Hamas getroffen wurde. Wie sich zeigt, gibt es Partner für den Frieden!

Eine verbrecherische Politik verrät unsere Opfer - die Opfer des Holocaust. Wir, die Lebenden, wehren uns und sagen: "Nicht in unseren Namen!" Deshalb appelliere ich an Sie, Druck auf Israel auszuüben! Sagen Sie Nein zur Blockade des Gaza-Streifens. Nein zur Inhumanität. Ja zu einem gerechten Frieden mit allen und für alle!

Felicia Langer ist Trägerin des alternativen Nobelpreises, Menschenrechtsanwältin und israelische Friedensaktivistin.
„Freitag“ vom 1.2.2008

Konvoi von israelischen Organisationen am 26.1.2008 nach Gaza:
Sie bringen Lebensmittel und andere Güter für die eingeschlossenen Menschen.